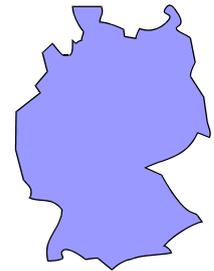


Die Vereinigung Deutschlands – Der Weg zur Einheit



I. Die Revolution in der DDR

I. 1. Auslösende Faktoren

Seit Mitte der achtziger Jahre, hatte die Opposition in der DDR an Stärke gewonnen. Vor allem die Kirchen, die Jugend und einzelne Persönlichkeiten wandten sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen den Staat. Für den wachsenden Unmut unter der Bevölkerung und das Erstarken oppositioneller Gruppen gab es eine Reihe von Gründen:

1. Politische Gründe:

- Die SED war die alleinige Inhaberin der Macht
- Die Diskrepanz zwischen der pseudodemokratischen Fassade und machtpolitischer Realität wurde immer deutlicher
- Die Blockparteien und Massenorganisationen fungierten als Handlanger der SED
- Die von der Verfassung garantierten Grund- und Menschenrechte konnten nur in dem von der SED vorgegebenem Rahmen verwirklicht werden.
- Die rigorose und oftmals brutale Ausschaltung von Regimekritikern und Andersdenkender, und die Willkür der Staatsorgane (vor allem der Staatssicherheit) erzeugten eine Atmosphäre von Unsicherheit, Angst und Haß.

2. Gesellschaftliche Gründe

- Die Entwicklung einer Zweiklassengesellschaft (Funktionäre & Normalbürger) und die damit unterschiedliche Lebensqualität.
- Die permanente Bevormundung (vor allem die Erzwungene Unterstützung des sozialistischen Kampfes).
- Die unübersehbaren Unterschiede zwischen der verfassungsrechtlichen Theorie und der gesellschaftlichen Praxis stellten die Glaubwürdigkeit der SED in Frage.
- Andere Bezugssysteme (z.B. Bundesrepublik Deutschland, westliche Staaten im Allgemeinen, die Sowjetunion seit Gorbatschow, Ungarn, Polen,...)

3. Wirtschaftliche Gründe

- Niedriger Lebensstandard und schlechte Versorgungslage aufgrund der schwerfälligen Planwirtschaft
- Schlechte Wohnverhältnisse
- Unverhältnismäßig teure „Luxusgüter“
- Das unterschiedliche Warenangebot für DDR-Bürger und devisenstarker Ausländer (Intershop-Läden, wo nur mit Westwährung bezahlt werden konnte).



I.2. Die Revolution

Vor den Feierlichkeiten des 40-jährigen Geburtstages des „ersten wirklich demokratischen Staat auf deutschem Boden“ kam es bereits zu ersten Fluchtwellen (über Ungarn, Prag und Warschau), sowie zu ersten Protesten und Demonstrationen in Leipzig, Magdeburg und Dresden. Diese wurden vom Staatssicherheitsdienst aufgrund Fehleinschätzungen der Situation brutal niedergeschlagen. Die eigentliche Revolution begann während der offiziellen Feiern auf dem Alexanderplatz in Berlin. Zur selben Zeit gingen auch in anderen Städten Hunderttausende auf die Straßen. Überrascht vom Ausmaß der Proteste entschloß sich die SED zum sogenannten „Dialog mit dem Volk“, dessen Parolen wie „Wir sind das Volk“ und „Nieder mit der SED“ nun wachsendes Vertrauen in die eigene Stärke widerspiegelten.

Am 18. Oktober 1989 entmachtete die SED den Staats- und Parteichef Erich Honecker, erklärte ihn zum Sündenbock und ersetzte ihn durch Egon Krenz (Offizielle Erklärung: „Das ZK der SED entsprach dem Wunsche Honeckers ihn aus gesundheitlichen Gründen aus seinen Ämtern zu entlassen“.) Die SED beabsichtigte damit aber nicht eine wirkliche Veränderung der gesellschaftspolitischen Verhältnisse, sondern viel mehr die Wiedergewinnung der politischen Initiative. Doch die Bevölkerung ließ sich durch diese Aktion nicht mehr beruhigen. Nach weiteren zahlreichen Massendemonstrationen und eine erneute Ausreisewelle (über Ungarn) öffnete die DDR-Führung am 9. November 1989 die Grenzen. Doch auch damit gab sich die Bevölkerung nicht mehr zufrieden und so strich die Volkskammer am 1. Dezember 1989 auf Druck der oppositionellen Gruppen die führende Rolle der SED aus der Verfassung. Das Ende der Vorherrschaft der SED war damit besiegelt.

II. Die äußeren Aspekte der Vereinigung

II.1. Der völkerrechtliche und politische Rahmen

Da die alliierten Vorbehaltsrechte von 1952 bzw. 1954 auch noch 1990 galten, war zur Vereinigung der beiden Deutschen Staaten die Zustimmung der vier Siegermächte des 2. Weltkrieges notwendig. Die entscheidende Rolle sollte hier der Sowjetunion zukommen, bedeutete schließlich die Vereinigung, die Entlassung des sowjetischen Bündnispartners DDR eine tiefgreifende Änderung der bisherigen Deutschlandpolitik.

II.2. Die sowjetische Deutschlandpolitik und deren Wandel

Bis Dezember 1989 verlief die Deutschlandpolitik der Sowjetunion in den dafür vorhergesehenen Bahnen. Doch die hohe Geschwindigkeit der deutsch – deutschen Entwicklung, sowie die inneren Verhältnisse der Sowjetunion erzwangen einen Wandel der sowjetischen Deutschlandpolitik. Am 10. Januar 1990 stellte Gorbatschow zum ersten Mal das Recht in Aussicht, in einem deutschen Staat leben zu können. Der erste und entscheidende Schritt für die Lösung der deutschen Frage auf internationaler Ebene war damit geschaffen.



II.3. Die 2+4 – Verhandlungen

Auf der KSZE-Konferenz, Anfang 1990 in Ottawa, einigten sich die Außenminister der vier Siegermächte auf die 2+4 Formel.

Das erste der insgesamt 4 Treffen fand am 5. Mai 1990 in Bonn statt. Im Mittelpunkt standen die folgenden 4 Fragen:

- Die Aufgabe der alliierten Vorbehaltsrechte
- Das Berlinproblem
- Politisch-militärische Fragen
- Grenzfragen

Aufgrund der unterschiedlichen Ausgangspositionen der Verhandlungspartner konnte eine Einigung zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht erzielt werden.

Eine Annäherung konnte Außenminister Genscher, dann aber am 18. Juni 1990, nach einer Reihe von Gesprächen mit seinem sowjetischen Amtskollegen Schewardnadse erreichen.

Einen weiteren Grundstein für den Erfolg der 2+4 Gespräche legte der Bundestag und die Volkskammer am 21. Juni 1990 mit dem gleichlautenden Beschluß, die Oder-Neiße-Grenze als polnische Staatsgrenze anzuerkennen. Allerdings endete auch das zweite 2+4-Treffen wegen der unterschiedlichen Militärvorstellungen ohne Ergebnis. Aus diesem Grund schlug die NATO am 5. Juli 1990 den Warschauer-Pakt-Staaten vor, sich nicht mehr als Gegner zu betrachten. Das vereinte Deutschland aber sei jedoch ein unentbehrlicher Stabilitätsfaktor der NATO.

Der Durchbruch wurde dann vom 14. bis 16. Juli 1990 bei den Deutsch – Sowjetischen Gesprächen in Moskau und Schelesnowodsk (im Kaukasus) erreicht. Gorbatschow stimmte gegenüber Kohl und Genscher der Einheit Deutschlands und der Aufgabe der Viermächteverantwortlichkeit zu. In den dabei abgeschlossenen deutsch-sowjetischen Verträgen, wurde unter anderem der Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR und die wirtschaftliche Kooperation beider Staaten betreffend geregelt.

Bei dem dritten 2+4-Treffen am 17. Juli 1990 in Paris einigten sich die Außenminister auf die endgültige Regelung der Oder-Neiße-Grenze. Außerdem sollte das Schlußdokument der 2+4-Verhandlungen alle Bestimmungen zur deutschen Einheit enthalten, so daß ein Friedensvertrag nicht mehr notwendig sei.

Auf dem 4. und letzten 2+4-Treffen am 12. September 1990 in Moskau wurde der „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ feierlich unterzeichnet.

Mit der Ratifizierung am 1. Oktober 1990 der westlichen Siegerländer und der durch den Obersten Sowjet am 4. März 1991 erhielt Deutschland formell und völkerrechtlich seine volle Souveränität.

III.4. Die Bedeutung des 2+4-Vertrages

Eines der in vielfacher Hinsicht wichtigsten Dokumente der Nachkriegszeit:

- Er ersetzt viereinhalb Jahrzehnte nach Kriegsende den Friedensvertrag und schließt damit das Kapitel des 2. Weltkriegs endgültig ab.
- Er beendet die Teilung Deutschlands und Berlin und ist die völkerrechtliche Grundlage für das vereinte Deutschland.
- Er führte zu einer weiteren Entspannung zwischen Ost und West.
- Er beschleunigte die Einigung Europas



IV. Die inneren Aspekte der Vereinigung

IV.1. Der Staatsvertrag

(Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik)

Am 18. Mai 1990 unterzeichneten die Finanzminister der beiden deutschen Staaten den Staatsvertrag. Er trat am 1. Juli 1990 nach Zustimmung der beiden Parlamente nach heftigen Diskussionen in Kraft.

Wesentliche Inhalte:

- Einheitliches Wirtschaftsgebiet (= Währungs- und Wirtschaftsunion)
- Einführung der D-Mark in der DDR zu bestimmten Umtauschkursen
- Liberalisierung des Handels (Aufgabe der Planwirtschaft in der DDR)
- Einführung der sozialen Marktwirtschaft in der DDR
- Verbesserung der Umweltsituation der DDR
- Übernahme des bundesrepublikanischen Systems der sozialen Sicherheit durch die DDR

IV.2. Der Einigungsvertrag

(Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag)

Der Einigungsvertrag vom 31. August 1990 war die rechtliche Grundlage, für die Einheit Deutschlands, auf deutsch-deutscher Ebene.

Wichtige Bestimmungen:

- Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes
- Die Vereinigung Berlins zu einem Bundesland
- Berlin wird Hauptstadt, der Regierungssitz wird später festgelegt
- Übertragung des Rechts der Bundesrepublik auf die ehemalige DDR
- Rehabilitierung politisch Verurteilter
- Das Vermögen der DDR wird Bundesvermögen
- Das Vermögen der Staatsicherheit erhält die Treuhandgesellschaft
- Angleichung der Finanzverfassung der neuen Bundesländer

IV.4. Bedeutung der beiden Verträge

Die Verträge beendeten die mehr als 40-jährige Teilung Deutschlands, und bedeuteten das Ende der Deutschen Demokratischen Republik. Sie lösten auf deutscher Ebene DAS europäische Kernproblem seit 1945 und brachten durch die Integration der neuen Bundesländer den europäischen Einigungsprozeß weiter voran.



V. Die Vereinigung Deutschlands

Am 3. Oktober 1990 feierten die Deutschen unter großer Anteilnahme des Auslandes die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und damit das Ende der mehr als vierzigjährigen Teilung. Entscheidend dafür war, daß Deutschland seine Einigung in Zusammenarbeit und völliger Übereinstimmung mit seinen europäischen Partnern auf friedlichem Wege erreicht hatte.

Die Einigung wurde von einer großen Mehrheit der Bevölkerung vor allem als Überwindung des unnormalen Zustands gefeiert, der das bisherige Leben der deutschen Bevölkerung bestimmt hat. In die Freude über die unerwartet rasche Lösung der deutschen Frage mischten sich allerdings auch skeptisch Töne, die vor allem das Tempo des Einigungsprozesses und daraus resultierende längerfristige finanzielle wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme betrafen.

Im Ausland hatten sich zunächst Zustimmung und Skepsis die Waage gehalten. Vor allem Großbritannien und Israel aber auch einige andere europäische Länder fürchteten im Bezug auf die europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts den Rückfall Deutschlands in ein nationalstaatliches Denken, sowie die wirtschaftliche (und damit verbunden auch die politische) Dominanz des vereinten Deutschlands.

Im Verlauf des Einigungsprozesses, setzte sich jedoch eine nüchternere Haltung durch, die vor allem die demokratische Stabilität der Bundesrepublik, ihre politische Verlässlichkeit und die positive Auswirkung der deutschen Einheit auf den europäischen Einigungsprozeß betonte.

Verwendete Quellen: Walter Göbel – Abiturwissen Deutschland nach 1945
Informationen zur politischen Bildung Nr. 250 - Der Weg zur Einheit